

Gießener Zeitung

(Neueste Nachrichten)

(Gießener Tagesblatt)

Bezugspreis 80 Pfg. monatlich

vierteljährlich 2,40 Mk., vorauszahlbar, frei ins Haus.
Abgeholt in unserer Expedition oder in den Zweig-
ausgabestellen vierteljährlich 1,80 Mk. — Erscheint
Dienstag, Donnerstag u. Sonntag. — Redaktionschluss
früh 8 Uhr. — Für Aufbewahrung oder Mithin-
dung nicht verlangter Manuskripte wird nicht garantiert.
Verlag der „Gießener Zeitung“, Gießen.

Expedition: Südanlage 21.

Anzeigenpreis 24 Pfg.

die 44 mm breite Zeitzeile, für Anzeigen 30 Pfg.
Die 90 mm breite Reklame-Zeile 100 Pfennig.
Extrabeilagen werden nach Gewicht und Größe
berechnet. Rabatt kommt bei Ueberschreitung des Zahlungs-
zeitraums (30 Tage), bei gerichtlicher Verurteilung oder bei
sonstigen in Bezug auf Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Druck der Gießener Verlagsdruckerei, Klein Klein.

Nr. 98.

Telephon Nr. 362.

Donnerstag, den 31. Oktober 1918.

Telephon Nr. 362.

31. Jahrg.

Große Opfer unter der belgischen Zivilbevölkerung durch Entente-Artillerie. Heftige Angriffe der Franzosen gescheitert. In Flandern erfolgreiche Abwehr.

Amtliche deutsche Tagesberichte.

Wib. Großes Hauptquartier, 29. Okt. 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz:
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Lys-Niederung wiesen wir Teilangriffe des Gegners bei Oene ab. Stärkere feindliche Abteilungen, die nordwestlich von Combe das östliche Schelde-
ufer zu gewinnen suchten, wurden im Gegenstoß zurück-
geworfen. Südlich der Schelde drangen starke englische
Angriffe bei Hamars vorübergehend in unsere Linien
ein. Das Infanterie-Regiment Nr. 176 unter Haupt-
mann Breuer warf den Feind völlig zurück. Die 7.
Batterie Feldartillerie-Regiments Nr. 71 und die In-
fanteriegeschütz-Batterie Nr. 38 trug in vorderster Linie
wesentlich zum Erfolge bei. Westlich von Artees wurden
Teilangriffe des Gegners abgewiesen. Der Feind setzt
die Fortführung der Deschäften in und östlich der Schelde-
niederung fort. Auch Valenciennes lag unter starkem
feindlichem Feuer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Angriffe der Franzosen gegen den Oisekanal zwischen
Creuz und Besqueles scheiterten in unserem zusammen-
gefaßten Artilleriefeuer. Schwache Teile, die über den
Kanal vorrückten, wurden im Gegenstoß zurückgeworfen.
Westlich von Guisse kamen feindliche Angriffe in unserem
Feuer nicht voll zur Entwicklung. Am Souche-Abchnitt
beiderseits der Straße Vaon-Marle wiesen polnische
und westpreussische Regimenter am frühen Morgen starke
Angriffe des Gegners ab.

Heeresgruppe Gallwitz

Zwischen Aire und Maas zeitweilig auflebende
Artillerietätigkeit.

Wir schossen in den beiden letzten Tagen 49 feind-
liche Flugzeuge und drei Fesselballone ab.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Berlin, 29. Okt. abends. Teilkämpfe südlich der
Lys und südlich Le Queenois. Zwischen Raizy-le-Comte
und der Aisne schritten in den Nachmittagsstunden
sehr heftige Angriffe der Franzosen.

Wib. Großes Hauptquartier, 30. Okt. 1918

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Lys-Niederung zwischen der Lys und Schelde,
bei Hamars und Engle Fontaine wurden heftige Teil-
angriffe des Feindes abgewiesen. Das englische Feuer
gegen die Vorstädte von Tournai und die Deschäften

der Schelde-Niederung forderte wiederum erhebliche Opfer
unter der Zivilbevölkerung.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Oise-Kanal scheiterten am frühen Morgen
heftige feindliche Angriffe. Nach starkem Artilleriekampf
nahm der Franzose zwischen Raizy-le-Comte und der
Aisne unter Einsatz zahlreicher Panzerwagen seine An-
griffe wieder auf. Die in den schweren Kämpfen der
letzten Tage bewährten Truppen der Armeen der Gene-
rale v. Eberhardt und v. Below haben auch gestern
wieder einen vollen Erfolg in der Abwehr errungen.
Sie schlugen den Feind auf der 18 Kilometer breiten
Angriffsfront völlig zurück. In den Kämpfen am Nord-
rande von Klein-Cuentin zeichneten sich das branden-
burgische Leib-Grenadier-Regiment Nr. 8, östlich von
Benogne das westfälische Infanterie-Regiment Nr. 53
und auf den Aisnehöhen das mecklenburgische Füsilier-
Regiment Nr. 90 besonders aus. Teile der Stellung
nordwestlich von Herpy die vorübergehend verloren gingen,
wurden im Gegenangriff wieder genommen. In den
Abendstunden ließ der Feind wiederholt zu heftigen
Teilangriffen vor, die überall vor unseren Linien schei-
terten. Der Franzose hat gestern schwere Verluste erlit-
ten; zahlreiche Panzerwagen wurden zerstört. Beider-
seits von Vouziers und östlich der Aisne zeitweilig
Artilleriekampf.

Wir schossen gestern 27 feindliche Flugzeuge und
sechs Fesselballone ab. Leutnant Doerr errang in den
letzten Tagen seinen 31. bis 34., Leutnant Frommherz
seinen 30. Luftsieg.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Berlin, 30. Okt. abends. An der Oise sind hef-
tige Angriffe der Franzosen gescheitert. An der übrigen
Westfront keine größeren Kämpfe.

Im September 440 000 Gr.-Reg. T. vernichtet.

Im Monat September haben die Mittelmächte
rund 440 000 Bruttoregisteronnen des für unsere
Feinde nutzlosen Handelschiffraums vernichtet. Nach
neuen Nachrichten sind außerdem weitere 36 000 Brutto-
registeronnen Schiffsraum durch unsere kriegertischen
Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen ein-
gebracht.

Anordnung einer allgemeinen Volkszählung
für den 4. Dezember 1918.

Für die praktische Durchführung der Volkszählungs-
regelung ist eine regelmäßige einwandfreie Feststellung
der Bevölkerungszahl des Reichs, der Bundesstaaten, der

kleinen Verwaltungsbezirke und der Gemeinden uner-
läßlich. Es sind für diesen Zweck bereits am 1. Dezem-
ber 1916 und am 5. Dezember 1917 allgemeine Volks-
zählungen vorgenommen worden. Die im Laufe eines
Jahres eintretenden Verschiebungen und Veränderungen
im Bevölkerungsstand der einzelnen Gebietsteile sind aber
so erheblich, daß die im Dezember 1917 ermittelten Zah-
len nicht mehr als zuverlässige Unterlagen für die Vertei-
lungsmaßnahmen des nächsten Jahres angesehen wer-
den können. Daher ist auch in diesem Jahre die Vor-
nahme einer Volkszählung wieder notwendig. Der Bun-
desrat hat dementsprechend angeordnet, daß am Mitt-
woch, den 4. Dezember 1918, eine solche Zählung vor-
genommen werden soll. Die Zählung soll in gleicher
Weise wie im vorigen Jahre durchgeführt werden. Sie
dient nur statistischen und wirtschaftlichen Zwecken. Für
die Durchführung der Zählung wird wieder auf die frei-
willige Beteiligung geeigneter Personen als Zähler zu-
rückgegriffen werden müssen. Bei der hohen Bedeutung
der Zählung liegt es im Interesse jedes einzelnen, daß
die Zählung ein möglichst zuverlässiges Ergebnis liefert,
so daß wohl erwartet werden darf, daß alle Bevölke-
rungskreise bemüht sein werden, die Durchführung der
Zählung nach Kräften zu unterstützen und zu erleichtern.

Anträge zu den heftigsten Reformen.

Die Abgeordneten Reih und Genrich haben für die
Revision der Verfassungsurkunde und des Wahlgesetzes
eine Reihe von Anträgen eingereicht, die u. a. verlangen:
Beschränkung des Rechtes der Krone auf eine rein re-
präsentative Bestätigung; Beseitigung der Vorrechte des
Adels und der Standesherrn, die sich auf Geburt und
Besitz stützen; Aufhebung der Familienadelkommission
sowie des Familieneigentums des großherzoglichen Hau-
ses; Beseitigung der bisherigen Ersten Kammer; Schaf-
fung eines Stimmrechtes für die Frauen; Beseitigung
aller Beschränkungen des passiven Wahlrechtes; gleich-
mäßige Erneuerung des gesamten Landtags alle drei
Jahre.

Aus Stadt und Land.

Alle nicht unbedingt notwendigen Reisen mit der
Eisenbahn sind zu unterlassen, diese wiederholte Er-
mahnung der Eisenbahnverwaltung muß ein jeder nun
endlich beachten. Wie aus dem Angeheilt der heutigen
Nummer ersichtlich, ist es abermals notwendig geworden,
auf den verschiedenen Eisenbahnstrecken unserer Gegend
noch mehr Züge ausfallen zu lassen.

Wer Banknoten hamstert

und Darlehenskassenscheine, handelt töricht. Sie sind zinslos,
bei Brandfällen und Diebstählen tritt völliger Verlust ein.

Wer Kriegsanleihe zeichnet, handelt klug.

Sein Geld ist ebenso sicher angelegt wie Banknoten, und noch
nützlicher, denn er erhält halbjährlich totsicher seinen Zins.

Frieden, keine Kapitulation.

Die Kriegsgenossen des Präsidenten Wilson sollen sich lebhaft damit befassen, die Bedingungen des Waffenstillstands zu erörtern; es verläutet, daß demnach diese Bedingungen mitgeteilt werden sollen. Davor war es wohl notwendig, daß Deutschland dem Präsidenten Wilson nochmals antwortete und ihm zugleich mitteilte, daß es bereit sei, die Waffenstillstandsbedingungen entgegenzunehmen. Zugleich war eine Frage des Präsidenten zu beantworten. Der Präsident wollte wissen, ob die neue deutsche Regierung auch von Dauer sein würde und ob er wirklich in allen Städten der Verhandlungen es nur mit der deutschen Demokratie zu tun haben würde. Wir haben daraufhin, ohne in Einzelheiten uns einzulassen, dem Präsidenten auf die bedeutungsvollen Verfassungsänderungen, die während der letzten Wochen vorgenommen haben, hingewiesen. Der Präsident wird selbst einschätzen wissen, was diese Verfassungsänderungen bedeuten, und wie sie in der Tat ein unbedingtes Mittel sind, um die junge deutsche Demokratie für immer zu verankern. Nunmehr aber, da hüben wie drüben eine Volkserregung steht, wird der Präsident, so möchten wir wenigstens meinen, die Gelegenheit wahrzunehmen und gleich von vornherein sein Ideal der Völkerverständigung zu verwirklichen suchen. Er wird dabei auch berücksichtigen müssen, daß ein Volk, das sich seine innere Verfassung zum Grund auf neu geschaffen hat, unmöglich mit gefalteten Händen sich äußeren Mächten ergeben kann. Gerade die deutsche Demokratie kann und wird nicht blindlings sich in den Abgrund der Vernichtung stürzen lassen. Und so wundern es uns denn auch gar nicht, daß gerade während der letzten Wochen der Widerstand unserer Front so gewaltig zugenommen hat, daß sogar die Gegner ihn anerkennen. Die englischen und französischen Zeitungen bringen täglich Berichte über die verblüffende Tapferkeit und den ja nicht zu verkennenden Angehörigen der deutschen Truppen. So schreiben die "Times": "Die Kanadier haben noch niemals so heftigen Widerstand gefunden." Und die "Wall Mail": "Es steht noch viel Kampfesmut in den Deutschen. . . . Es wäre Wahnsinn zu glauben, der Sieg sei schon erkämpft." So ist es: Das deutsche Herz ist noch immer eine beachtenswerte Macht. Es kann noch auf lange hinaus den Kampf führen. Dennoch will es den Frieden. . . . Doch darf dieser Frieden, der zugleich allen Völkern die langerehnte Ruhe bringen wird, dem deutschen Volke nicht um den Preis einer schimpflichen Kapitulation zugewendet werden.

Was die Feinde fordern.

WTB London, 29. Okt. (Reuter.) Daily Mail hofft, daß die Alliierten die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht sofort befehlen werden. Die deutsche Antwort erwidert die Forderungen Wilsons nicht. Die deutschen Alliierten mügen zu politischen Konzessionen bereit sein, aber es ist noch kein Anzeichen vorhanden, daß die Soldaten bereit sind, ein Opfer von irgend welchem militärischem Wert zu bringen. Was die Deutschen Bereitschaft zeigen, indem sie die Bedingungen freudig annehmen. Und wie der Ansicht, daß der König von Preußen noch immer die Macht in Deutschland in Händen hat. — Die Times schreibt: Die deutsche Note verurteilt den Alliierten die Initiative ihrer Vorschläge zum Waffenstillstand aufzuerlegen und zeigt damit eine falsche Auffassung der Sachlage. Die Korrespondenz ist geschloffen. Jetzt müssen die Deutschen an die Führer der See- und Flotten, insbesondere an Hoch und Beatty, mit einem formellen Erläutern um einen Waffenstillstand herantreten. Die Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens müssen von uns selbst unabhängig geregelt werden, ehe wir mit dem Feinde verhandeln.

11. Die "Morningpost" berichtet: Die wissenschaftlichen Schandenerklärungen der Alliierten an den Feind werden zwischen vierzig und fünfzig Milliarden betragen, einschließlich Belagern. Auch hierüber müssen Garantien vor dem Friedensschluß gegeben werden. — Die "Times" meldet aus Paris: Der alliierte Kriegsrat von Versailles hat seine Beratungen beendet. Die Beschlüsse gingen bereits den alliierten Regierungen zu. Für Dienstag darf jedenfalls auf die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen gerechnet werden.

12. In den französischen Handelskreisen macht sich eine Bewegung für die Bekämpfung des Ausdrucks bemerkbar, welches die Rohstoffbedürfnisse Frankreichs solange decken soll, bis die Verarbeiter des Bas de Calais und des Nordens wieder produktionsfähig sind.

Die elfsch-lothringische Frage.

13. Straßburg, 29. Okt. Die Straßburger "Neue Zeitung" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Reichstagsabgeordneten Neuf, dem neuen Staatssekretär für Elsch-Lothringen, über die elfsch-lothringische Frage, in der heißt: Bei der letzten Besprechung sämtlicher elfsch-lothringischer Abgeordneten im Reichstagsrat am 18. d. m., wurde eine Erklärung vereinbart und festgelegt, welche für das elfsch-lothringische Volk auf Grund der Selbstbestimmung aus dem Vorkriegsstand verstanden. Ich bin der Überzeugung, daß das elfsch-lothringische Volk dieses Recht der Selbstbestimmung unbedingt für sich beansprucht und die Entscheidung über sein Schicksal nicht, wie Herr Dr. Nidlin behauptet, der Friedenskonferenz oder Wilson überlassen will, sondern erwartet, daß die Friedenskonferenz die von ihm selbst getroffene Entscheidung ratifizieren wird. Das ist die Grundlage meines Programms über die Zukunft des Landes. Ich bin gewiß, daß der elfsch-lothringische Landtag, welcher ja allein in authentischer Weise den Volkswillen zur Geltung bringen kann diesem Programm zustimmen wird.

Lloyd George und Balfour in Frankreich.

14. Lloyd George und Balfour sind in Begleitung von See- und Landoffizieren nach Frankreich abgereist.

Japan zur letzten Wilson-Note.

15. Reuter meldet aus Tokio vom 28. Oktober: In amtlichen Kreisen wird Wilsons Antwort an Deutschland unangehörigste Bewunderung geäußert.

Kardinal Hartmann an den Papst.

16. Nach der "Alln. Volkzeitg." verläutet, daß Erzbischof Kardinal von Hartmann im Namen der Bischöfe der Südbayer Bischofskonferenz dem Heiligen Vater um seine Vermittlung gebeten hat, damit unsere Feinde, die allem Anschein nach die bestmögliche Aktion in ihrem Bestreben bedrohen, von ihrem Plane, Deutschland zu vernichten, ablassen. Der Papst werde gebeten, seine Autorität einzusetzen, damit ein Friede zustande komme, der der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht, und der eine Verständigung der entzweiten Nationen anzubahnen ergötzt ist.

Osterreichs Antwort an Wilson.

17. Der Minister des Äußeren Graf Andrássy beauftragte gestern den österreichisch-ungarischen Gesandten in Stockholm, die Kgl. österreichische Regierung zu ersuchen, die Regierung der Vereinigten Staaten hinsichtlich nachstehender Antwort auf deren Note vom 18. Oktober zu übermitteln:

In Beantwortung der an die österreichisch-ungarische Regierung gerichtete Note des Herrn Präsidenten Wilson vom 18. ds. Mts. und infolge des Beschlusses des Herrn Präsidenten, mit Österreich-Ungarn gesondert über die Frage des Waffenstillstandes und die Frage des Friedens zu sprechen, beehrt sich die österreichisch-ungarische Regierung zu erklären, daß sie ebenso wie mit den früheren Verhandlungen des Herrn Präsidenten auch seiner in der letzten Note enthaltenen Auffassung über die Rechte der Alliierten Österreich-Ungarns, speziell über die der Tschechoslowaken und Jugoslawen zustimmt. Da somit Österreich sämtliche Bedingungen angenommen hat, von welchen der Präsident die Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden abhängig gemacht hat, steht nach Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung dem Beginn von Verhandlungen nichts mehr im Wege. Die österreichisch-ungarische Regierung erklärt sich daher bereit, über einen Frieden zwischen Österreich-Ungarn und den gesnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Österreich-Ungarns einzutreten und bittet den Herrn Präsidenten, die diesbezüglichen Einleitungen treffen zu wollen.

Ohne Zweifel sehen wir schicksalsschweren Tagen entgegen, denn wir müssen damit rechnen, daß Österreich-Ungarn Sonderverhandlungen mit den feindlichen Mächten führen wird, nachdem es mit der vorstehenden Note sich fast bedingungslos der Entente überläßt. Ob Österreich bei diesem Vorhaben besser fähig ist zu bezeugen, doch dürfte die Regierung den Einflüssen der einzelnen Nationalitäten mächtig gegenüber gestanden haben und zu diesem Schritt gezwungen worden sein. Jedenfalls wäre ein geschlossenes Auftreten der Bundesgenossen auf der Friedenskonferenz (sowohl den Interessen Österreichs wie auch Deutschlands dienlich gewesen) und wir sind überzeugt, daß große Teile unseres Volkes den Schritt der Donauregierung verurteilen, ganz besonders auch deshalb, weil auch Deutschland in Verhandlungen mit der Entente sich befindet. Immerhin werden wir nun auch von manchen Mächten erwidern, und die Interessen der Slawen-Genossen in Österreich treten für unsere weiteren politischen Überlegungen in den Vordergrund. Das erste jedoch ist, daß wir die gefährliche Lage, in der wir uns heute befinden, mit aller Schärfe vor Augen halten. Auf sich allein gestellt, muß Deutschland auf die feste Haltung aller Völkervölker rechnen. Die Wahrung zur Vermeidung jeden inneren Konfliktes und zur entschloffenen Unterstützung der Volkserregung in ihrer schweren Aufgabe ist das Gebot der Stunde.

Osterreich-Ungarn wird die Waffen niederlegen und Frieden schließen, ganz gleich, ob Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen annehmen wird oder nicht. Österreich-Ungarn meint, in seiner Notlage zur selbständigen Handlung gezwungen zu sein. Der Traum vom Föderativ-Staate ist ausgeträumt. — Die Germania stellt nicht ohne Bedauern fest, daß Österreich-Ungarn denselben Weg beschritt, den Bulgarien eingeschlagen ist. Die Zerlegung des Reiches und besonders die Vorzüge in Ungarn dürften zu dem Entschluß geführt haben. Unsere Lage wird durch den Abfall Österreich-Ungarns noch schwerer als bisher. — Die Auzerlegung ist völlig unzufrieden mit der nervenlösenden Konvention. Sie schreibt u. a.: Gewiß wollen wir nicht erkennen, daß ein Auscheiden Österreich-Ungarns aus dem Bunde für uns ein schwerer Schlag sein würde. Aber das rechtlichste ist nicht, daß der Vorkämmerer dem ganzen Ton nach diese Verschlechterung unserer Lage mit einer Art von Genugtuung begrüßt. Es sei doch von einem von der Konvention inspirierten Blatte nicht geradezu klar, die neue Lage möglichst schwarz zu malen. Es werde immer klarer, daß die Sozialdemokratie ihren des öfteren betonten Standpunkt, daß sie eine Kapitulation nicht mitmachen würde, immer mehr aufweist. Was lassen die bürgerlichen Mitglieber der neuen Regierung dazu, insbesondere die Nationalliberalen?

Die freisinnige Zeitung meint: Es erscheint uns sehr fraglich, ob Österreich-Ungarn wirklich dabei besteht, als wenn es gemeinsam mit Deutschland in Friedensverhandlungen eingetreten wäre. — Der Sozialdemokrat sagt: Wir sind der optimistischen Meinung, daß ein geschlossenes und darum festes Auftreten der Bundesgenossen auf der Friedenskonferenz den beiderseitigen Interessen dienend gewesen sein würde. Da es nicht sein soll, hoffen wir von unserer Regierung, daß sie nun die Mächte, von denen Österreich-Ungarn uns selbst erwidert, auch in unserem Interesse weniger betont und daß sie darüber hinaus die Interessen unserer Stammesgenossen gegenüber den Ansprüchen der ihnen feindlichen Nationalitäten mehr in den Vordergrund stellt. — Am Vorkämmerer heißt es: Die deutsche Erde wuzelt fest und tief im Boden eine Königin des Kontinents, wie Thomas Carlyle sie einst nannte, und spottet den ohn mächtigen Artheten. Ein paar schwarze Punkte stehen bevor, aber aus der Verstrickung von Schuld und Schicksal wird uns ein neues Leben erblühen. — Die Heimat fordert dafür, sagt die Tägliche Rundschau, daß das Ausland jetzt zum Ende des Krieges die Tapferkeit des Heres nicht veresse. — In der Nordb. Allgem. Abt. heißt man über die Pflicht der Stunde: Welche Resignation und rückwärts gewandte Trauer sind nicht am Werke. Aber dem nachgeben wollte, schaltete sich aus und weist sich selbst zum alten Eisen. Deutschland aber braucht jetzt Kraft und Leben Arm. Darum vorwärts zu neuen Zielen.

Die angeleglichen Bedingungen für Österreich. 18. Unter den Österreich-Ungarn aufzuerlegenden Waffenstillstandsbedingungen vermuten Pariser parlamentarische Kreise die Bestellung der Geschütze der Handwaffen und anderen Materials an die von dem Raubverbände anerkannten bzw. anzuerkennenden Staatsorganismen. Diese Aufstellung soll unter einer Kontrolle erfolgen, deren Einzelheiten noch festzulegen waren. Ein gleiches gilt von den Waffenstillstandsbedingungen bezüglich der Adriaflüssen.

Die Deutschen in Österreich. 19. Aus Wien wird mitgeteilt: Während die Note des Grafen Andrássy, in der dem Präsidenten ein Sonderfrieden mit Wilson angeboten wird, für die nichtdeutschen Nationen eine gewisse Ändrung der Lage brachte, die in der Frage zu einer Besetzung der Stadt führte, hat uns das Sonderangebot der Deutsch-Oesterreicher in die größte Verwirrung versetzt. Welche Beschlässe der Volksgemeinschaft der deutschen Nationalversammlung fassen wird, steht noch nicht fest. Es ist aber damit zu rechnen, daß in kürzester Zeit eine Kundgebung erfolgt und daß die Note, die der Volksgemeinschaft im Namen der deutschen Nationalversammlung an Wilson fassen will und die bereits seit Sonntag fertig ist, sofort veröffentlicht werden wird.

20. Der Hooger Neume-Courant schreibt, daß die österreichisch-ungarische Regierung außer Stande sei, einen anderen Weg als den der Kapitulation zu betreten. Die Donauwache könne nicht warten bis Deutschlands Entschluß sei. Tatsächlich könne die österreichisch-ungarische Regierung nur formell im Namen der Monarchie sprechen, als eine Infanzregierung, welche, sobald der Waffenstillstand abgeschlossen sein wird, die Friedensverhandlung selbst den Händen der Nationalitäten zum überlassen muß.

Verhandlungen der Türkei mit der Entente. 21. Der Konstantinopler "Alfham" meldete gestern von berufener Seite, daß offizielle Verhandlungen der Türkei mit der Entente begonnen hätten. Delegierte seien mit dem General Townsend abgereist.

Das neue Deutschland.

Gedanken eines Parlamentarierers.

Die feindliche Revolution im deutschen Reich kann im Grunde als vollzogen gelten. Es ist ein Beweis für die Weisheit des Volkes, daß die Umwälzung in Ruhe erfolgte. Wohl bleiben Reformen auszubauen, zu verankern und Unklarheiten zu klären, sie können dem ganzen Geistes der feineren Menschheit mehr zuführen. Am Scheidewege deutscher Geschichte zielt der Beweiser der Zukunft auf eine Demokratie, die in Wirklichkeit aber auch eine Autokratie ist: die Autokratie der Gesamtheit des deutschen Volkes.

Es lohnt sich, an diesem Scheidewege, vor diesem Beweiser Halt zu machen und von den Höhen, auf welche die Regierung der Hohenzollern das deutsche Volk geführt hat, einen Blick über das Gelände streifen zu lassen. Da ist zunächst der gute Wille, der gute Glauben nicht zu bestreiten, der unsere Führer veranlaßte, das ganze Schwermert für Deutschlands Zukunft auf die Kraft feiner Waffen zu legen und zwar, weil Deutschland, das Herz Europas, zufolge seiner Lage nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten hat: entweder in Europa eine vorherrschende Stellung zu haben, oder sich unter den Stiefeln fremder Scharen, die sein Land als Durchgangsstraßen und Markt benutzen, zertrüben zu lassen. Diese Eufid der Nachbarvölker, namentlich der Slawen, Deutschlands zu zerstören, ist unauströblich; sie steht in unzertrennlichem Zusammenhang mit dem Absterben seiner Völker. Die pro Familie 6 bis 10 Kinder haben gegenüber 2 bis 4 Nachkommen in den deutschen Familien. Diese Gefahr der Überwucherung der deutschen Vorkämmerer von fremdem Volk, das sich in das Gefüge der Burg dem eintrifft, es lockt, das die Fenster der Burg verdundelt, den Einwohnern Licht und Luft brennt, wäre auch dann bestehen geblieben, wenn unter Herrscher mit Hilfe feiner Diplomaten mit allen Nachbarn die vorzugsweisen wirklich freundschaftlichen Beziehungen aufrecht hielt.

Noch ist Deutschland groß und stark. Wenn man nun ein altes von Österreich nach Abfall aller Nichtdeutschen nicht behaupten kann, so besteht hoffentlich die Möglichkeit, daß die deutsch-österreichischen Landesteile mit ihrem König zum deutschen Reich übergeben. Sollte Kaiser Karl durch den Abfall Ungarns die Kaiserkrone verlieren, so bleibt er als König von Deutsch-Osterreich ein Faktor, der seitens des Deutschen Reiches mit offenen Armen empfangen würde. Bannleich Deutsch-Osterreich nur mit einem kleinen Streifen an der adriatischen Meer grenzt, so ergäbe die Vereinigung ein Reich von der Nord- und Ostsee bis zur Adria. "Mittel-Europa" war ein Traum. "Deutsch" heißt die Parole.

Der Bundesrat für die Verfassungsänderungen. 22. Der Bundesrat stimmte dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung in der vom Reichstag beschlossenen Fassung zu.

Frühere Staatsmänner vor dem Staatsgerichtshof?

23. Der interfraktionelle Ausschuss des Reichstages hat sich, wie der "Berl. Lokal-Anz." hört, bereits mit der Frage beschäftigt, ob die früheren leitenden Staatsmänner, denen man eine Schuld an dem Scheitern der anobischen Friedensvermittlungsurteile Ende 1916 und Anfang 1917 zuschreibt, zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Bestimmte Vorschläge in dieser Frage liegen nicht vor, Beschlüsse konnten also auch noch nicht gefaßt werden. Jedenfalls dürfte die Angelegenheit weiter verfolgt werden.

Der deutsche Abendbericht.

24. Berlin, 28. Okt. (Abenda. Amtlich.) Keine größeren Kämpfe. Südlich der Schelde, am Ost-Kanal und am Gange-Abzweig schützten heftige Teilangriffe des Gegners.

Große Schlacht zwischen Brenta und Piave.

25. Wien, 28. Okt. (Amtlich.) Italienischer Artilleriebeschlag: In den sieben Gemeinden blieb die Kampflosigkeit des Gegners auch gestern auf einzelne Vorhänge beschränkt, die abgewehrt wurden. Südlich der Brenta tobte auf 60 Kilometer Frontbreite eine große Schlacht. Im Gebirge zwischen Brenta und Piave schickten wieder alle Anstürme des Feindes, mochten sie mit noch so starken Kräften geführt sein. Die südlich des Fontana Secca an die Italiener verlorenen Sternstuppe wurde im Gegenangriff wieder zurückvertrieben, wobei ein großer Teil der Besatzung in die Hand unserer Braven blieb. Unter unseren tapferen Truppen zeichneten sich besonders aus die Infanterie-Regimenter Nr. 7 (Klagenfurt), Nr. 39 (Dobregin), Nr. 47 (Marburg), Nr. 40 (St. Poelten), Nr. 73 (Jäger), Nr. 120 (Wien), Nr. 139 (neues ungarisches Regiment), das ungarische Sturmbataillon Nr. 17, das kroatische Nr. 42, das Wiener Schützenregiment Nr. 1 und das kroatische Landwehrregiment Nr. 28. Neuerliche Anerkennung verdienen wieder die Artillerie- und unsere Infanterie- und Schlachtflieger. An der Piave setzte noch beständig Artillerievorbereitung in der Nacht zum 27. Oktober ein Entententwurf ein. Bei Valdobbiadene vermachte sich schwächere feindliche Abteilungen das linke Ufer zu gewinnen. Sie wurden zum größten Teile zurückgedrückt. Bei Vigonovo und Lidor wurden Überwagerungsversuche durch unser Abwehrfeuer zum Scheitern gebracht. Nachwärts nach Lidor gelang es dem Feinde, mit härteren Kräften den Übergang zu erzwingen. Unsere Truppen warfen sich ihm im Gegenangriff entgegen. Abends wurde bei den Dörfern Marolago und Sernofino gekämpft. Gegenüber dem Nordufer des Mantello blieben Überwagerungsversuche der Italiener ohne Erfolg. Von Popadopol als südlich die Engländer bei Tezze und San Polo di Piave vor. Die zwei bis drei Kilometer tiefe Einbruchsstelle wurde durch unsere um jeden Fuß breit Boden tapfer stehenden Truppen in den Fronten abgeregelt. Neue Kämpfe sind seit heute früh an der Piave im Gange. — Balkan-Kriegschronik: Bei Alessio an der albanischen Küste Nachmittags. An der mittleren Drina kam es zu Zusammenstößen zwischen unseren Stützpunktstruppen und starken Verbänden. Aus Zurücknehmen unserer Truppen in Serbien erfolgte ohne Abzehrung durch den Gegner. Gefechtsführung bestand gestern nur nördlich von Aronjaneva.

Zurücknahme der österreichischen Truppen aus Polen. 26. Wien, 28. Okt. Die österreichisch-ungarischen Truppen sind aus den polnischen besetzten Gebieten zurückgezogen worden.

Die polnischen Abgerückten. 27. Der Berliner Lokal-Anzeiger gebietet die polnischen Reichstagsabgeordneten des zweiten Reichstagsverhandlungen nicht beizumischen.

Neuregelung der Fortschreibung der Zivilbevölkerung zum Zwecke der Lebensmittelversorgung.

Die Gesamtlage unserer Lebensmittelversorgung macht eine genauere Festhaltung der Zahl der berechtigten Bevölkerung unerlässlich, um mit Sicherheit jeden unzulässigen Mehrverbrauch ausschalten zu können. Aus diesem Grunde waren die Kommunalverbände durch Rundschreiben des Reichspräsidenten des Kriegsernährungsamts vom 9. Mai 1917 schon bisher angewiesen, unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Volkszählungen genaue Verzeichnisse der Berechtigten anzufertigen und durch Fortschreibung der Veränderungen auf dem laufenden zu halten. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß durch die Fortschreibung nach dem bisherigen Verfahren nicht völlig zuverlässige Unterlagen für die Bevölkerungszahl der Kommunalverbände gewonnen werden konnten. In jedem Fortschreibungstermin überstieg die Zahl der Zugänge die der Wegzüge sehr erheblich, während der richtige Fortschreibung die Gesamtzahl der Zugänge und die Gesamtzahl der Wegzüge innerhalb des Reichsgebietes einander annähernd gleich sein mußten. Die Bundesratsverordnung vom 24. Oktober 1918 (RStBl. Nr. 143) stellt die Fortschreibung auf neue Grundlagen. Als Zugänge sollen nun Personen gezählt werden dürfen, welche einen von der zuständigen Behörde ihres bisherigen Aufenthaltsorts ausgestellten Abmeldebescheinigung vorgelegtem Vorwand abgeben. Eine Ausnahme gilt nur für Personen, die aus dem Ausland zuziehen; für sie hat der Kommunalverband des Zuzugsorts eine besondere Zählkarte auszufertigen. Als Wegzüge werden alle Personen gezählt, denen ein Abmeldebescheinigung ausgestellt worden ist.

Durch die vom Reichsminister erlassenen Ausführungsbestimmungen werden die für die Fortschreibung zu benutzenden Vorwände einheitlich festgesetzt, auch wird für die Abmeldebescheinigung ein Blocksystem eingeführt, welches eine genaue Kontrolle ermöglicht.

Da die Vorwände wesentlich vereinfacht und deren Kosten auf die Reichskasse übernommen werden, bedeutet die Neuregelung für die Kommunalverbände eine erhebliche Entlastung in geschäftlicher und finanzieller Hinsicht.

Politisches.

Darmstadt. Der Landesauschuß der Fortschritt. Volkspartei für das Großherzogtum Hessen hielt am Sonntag in Mainz eine aus allen Teilen des Landes stark besuchte Versammlung ab. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Landtagsabgeordnete Reich-Wisfeld hielt zunächst der Reichstagsabgeordnete Kopisch Berlin einen Vortrag über die äußere und innere Politik des deutschen Reiches, der den Zuhörern eine Reihe von wertvollen Aufschlüssen über die Ereignisse der letzten Wochen brachte. Sodann sprach der Landtagsabgeordnete Henrich Darmstadt über Reform der heftigen Besetzung. An die Vorträge schloß sich eine rege Aussprache. Zu dem Vortrag des ersten Referenten über die Reichspolitik wurde sodann folgende Resolution angenommen:

„Der Landesauschuß der Fortschritt. Volkspartei für das Großh. Hessen stimmt der von der jetzigen parlamentarischen Regierung des Reichs geleiteten Reformarbeit rückhaltlos zu. Er verwirft entschieden die parteipolitisch schädigende Wählerarbeit volksgegnersicher, die Einheit des Reichs untergrabender Kreise, die die entgeltlich besetzte Gewaltpolitik und Klößenpolitik wieder aufzurichten suchen. Der Landesauschuß hat das feste Vertrauen zu neuer Volksregierung, daß sie dem deutschen Volke einen Frieden schaffen wird, der ihm selbst wie allen Bürgern das Recht der Selbstbestimmung und einer gesicherten Zukunft im Rahmen des Völkerbundes gewährleistet. Einem Vernichtungswillen unserer Feinde gegenüber wird das deutsche Volk geschlossen alle Kräfte zum äußersten Widerstand aufbieten.“

Zum Vortrag des zweiten Referenten wurden folgende Richtlinien zum Beschluß erhoben:

„Der Landesauschuß der Fortschritt. Volkspartei fordert die unterzügliche Demokratisierung der Verwaltung des Großherzogtum Hessen, die Umwandlung des Delegiertenstaats in einen Volksstaat. Der Auschuß erwartet demzufolge, daß die Abgeordneten der Partei in der Zweiten Kammer eintreten für: 1. Aufhebung aller auf Geburt oder auf Besitz gestützten Vorrechte im Staat, im Kreise und in den Gemeinden. 2. Einführung des Einkommenssteuersystems. 3. Frauenwahlrecht. 4. Befreiung aller das allgemeine und gleiche Wahlrecht sowie die Wählbarkeit beschränkenden Bestimmungen. 5. Gleichmäßige und gerechte Wahlkreiserteilung. 6. Einführung der Verhältniswahl. 7. Einführung des Landtagswahlrechts auch für die Wahlen in den Provinzen, Kreisen und Gemeinden, sowie Erweiterung des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden.“

Aus Stadt und Land.

Darmstadt. Der Einquartierungsausschuß gibt folgendes bekannt: Es muß damit gerechnet werden, daß in der nächsten Zeit sämtliche Straßen der Stadt mit Einquartierung (ohne Beschleugung) belegt werden. Um für alle Fälle gerüstet zu sein, empfiehlt es sich, die Quartiere bereit zu halten. Einquartierungen können von uns nicht mehr vorgenommen werden. Ein Teil der besseren Wohnungen sind soweit als nötig, als Offiziersquartiere in Aussicht genommen. Weiter werden sämtliche Ställe innerhalb des Stadtgebietes, (auch in Vorposthäusern) zur Einstellung von Pferden benötigt und sind diese für den Zweck frei zu machen.

Bekanntmachung.

Wegen der zahlreichen Erkrankungen unter den Beamten des Fahrdienstes und zur Bewältigung des durch die Anforderungen der Herresverwaltung und die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung zur Zeit stark angewachsenen Militär- und Güterverkehrs fallen folgende Züge vorübergehend aus:

— Pz. 723 Frankfurt ab 4,13 N., Cassel an 8,29 N.
— Pz. 722 Cassel ab 8,57 B., Frankfurt an 1,38 N.

Um eine Ueberlastung der noch verbleibenden Züge zu vermeiden, wird wiederholt und auf das dringendste ersucht, alle nicht unbedingt nötigen Reisen zu unterlassen, da andernfalls noch einschneidendere Maßnahmen zur Einschränkung des Personenverkehrs nicht zu vermeiden sind.

Je mehr sich das Publikum in seinen Reisen beschränkt und dadurch mithilft, das durch die Einschränkung erstrebte Ziel zu erreichen, je eher wird es möglich sein, die Beschränkungen zu mildern oder ganz aufzuheben. Ebenso hängt es von der Selbstbeschränkung des Publikums ab, ob die Zahl der zu den einzelnen Zügen zu veranschlagenden Fahrkarten von vornherein ein für alle mal festgesetzt wird. Jedenfalls wird aber schon jetzt der Verkauf sofort eingestellt und die Bahnfreizipette geschlossen, sobald eine betriebsgefährliche Ueberbesetzung zu befürchten ist.

Gleichzeitig wird unter Hinweis auf die allgem. Ausführungsbestimmung 5 (2) zu § 16 der Eisenbahnverkehrsordnung angeordnet, daß

die Fahrt am ersten Tage der Geltungsdauer der Fahrkarten angetreten werden muß.

Hinsichtlich der bereits vor Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gelösten Fahrkarten gelten noch die bisherigen Bestimmungen.

Frankfurt (Main), 28. Oktober 1918.

Kgl. Eisenbahndirektion Frankfurt (M.)

Bekanntmachung.

Wegen der zahlreichen Erkrankungen unter den Beamten des Fahrdienstes und zur Bewältigung des durch die Anforderungen der Herresverwaltung und die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung zur Zeit stark angewachsenen Militär- und Güterverkehrs fallen nachstehende Züge vorübergehend aus:

I. Vom 30. Okt. ab: Pz. 637 (W) Eitorf ab 2,04 N., Troisdorf an 2,46 N. — Pz. 644 (W) Troisdorf ab 12,32 N., Eitorf an 1,14 N.

II. Vom 1. Okt. ab: Pz. 83 Wegdorf ab 6,45 B., Köln an 8,31 B. — Pz. 84 Köln ab 8,46 N., Wegdorf an 10,40 N.

III. Vom 2. Okt. ab: Nachgg. 643 (Sonnabends) Herborn ab 8,59 N., Wegdorf an 10,39 N. — Vorgg. 638 (Sonnabends) Köln ab 2,50 N., Eitorf an 4,10 N.

Die schon früher ausgefallenen Pz. 651 Siegen ab 5,45 N., Köln an 9,47 N. und Pz. 652 Köln ab 8,00 B., Siegen an 12,00 Mittags werden auch weiterhin nicht befördert.

Um eine Ueberlastung der noch verbleibenden Züge zu vermeiden, wird wiederholt und auf das dringendste ersucht, alle nicht unbedingt nötigen Reisen zu unterlassen, da andernfalls noch einschneidendere Maßnahmen zur Einschränkung des Personenverkehrs nicht zu vermeiden sind.

Je mehr sich das Publikum in seinen Reisen beschränkt und dadurch mit hilft, das durch die Einschränkung erstrebte Ziel zu erreichen, je eher wird es möglich sein, die Beschränkungen zu mildern oder ganz aufzuheben. Ebenso hängt es von der Selbstbeschränkung des Publikums ab, ob die Zahl der zu den einzelnen Zügen zu veranschlagenden Fahrkarten von vornherein ein für alle mal festgesetzt wird. Jedenfalls wird aber schon jetzt der Verkauf sofort eingestellt und die Bahnfreizipette geschlossen, sobald eine betriebsgefährliche Ueberbesetzung zu befürchten ist. Gleichzeitig wird unter Hinweis auf die allg. Ausführungsbestimmungen 5 (2) zu § 16 der Eisenbahnverkehrsordnung angeordnet, daß

die Fahrt am ersten Tage der Geltungsdauer der Fahrkarten angetreten werden muß.

Frankfurt (Main), den 29. Okt. 1918.

Königliche Eisenbahndirektion Frankfurt (Main).

Bekanntmachung.

Frachtkühdgüter werden am 30. und 31. Oktober sowie am 1. November zur Beförderung nicht angenommen.

Frankfurt (Main), den 28. Oktober 1918.

Kgl. Eisenbahndirektion Frankfurt (M.)

Verantwortlich: Albin Klein, Siegen.



Schutzmarke

Wer seinen Winterbedarf in Schuhfett
jetzt
beschafft, kauft billiger als während der Saison.

**Dr. Guntner's
Schuhfett
Tranolin**

erhält das Leder weich, macht es wasserdicht und dauerhaft, u. kann jetzt noch prompt geliefert werden. Südhde Platte und Postkarten. Hersteller auch des beliebten Deiwachs Lederputzes Nigrin: Carl Guntner, Göttingen.

Körbe

rund, aus grünen Weiden, für Obst und Kartoffeln, in Preislagen von Mk. 6.— Mk. 5.— Mk. 4.— Mk. 3.25 anbieten mit und ohne Deckel (0,75 das Stück extra).

**J. Steldinger sen. & Co.,
Berlin W. 30, Berchtesgadenerstr. 35.
Telegraphen-Adresse: Dignell Berlin.**

Altes Papier

für Rüstungszwecke kauft, unter Garantie des Einstampfens, zu den höchsten Preisen. Lauterbach i. H. **E. Th. Helsenbein** Telefon 28. N.B. Zäde zum Fällen können geliefert werden.

20-30 Mädchen

(nicht unter 16 Jahren) für leichte Arbeit in unserer Laborierabteilung in der Neustadt auf sofort gesucht. Anmeldungen daselbst.

Arthur Pfeiffer, Wetzlar.

Mostextrakt

mit Süßholzwurzel!

Geste deutliche Marke zur Herstellung eines vorzüglichen

Handstranks wie Apfelwein.

Nr. 7 für 150 Liter Mk. 20.—

" 8 " 100 " " 14.—

" 9 " 50 " " 7.—

ohne Zuckerstoff:

Nr. 4 für 150 Liter Mk. 14.—

" 5 " 100 " " 10.—

" 6 " 50 " " 5.—

ab hier, Verpackung ertzt und

Rachnahme, lieferbar solange

Borrat, Versand nur an Selbst-

verbraucher. **C. Fr. Köbele,**

Langenargen a. B. 259.

Post- u. Bahnstation genau angeh.

Der beste Ersatz für

Kautabak

sind meine **Kaurölichen**

1000 Rollen 350 Mk., Probepost-

kollt 100 Rollen 40 Mark.

Kaustangen

Im Geschmack vorzüglich.

1000 Stangen 350 Mk., Probepost-

kollt 90 Mark Nachnahme.

Nur an Wiederverkäufer.

Hugo Schroeder, Stettin 60.

Briefkastetten

mit eingedruckten Namen

billigt bei **Albin Klein.**

Ein Haus

mit ca. 6 Zimmern

und Garten

gegen Kasse

zu kaufen gesucht.

Offerten nebst äußerster

Preisangabe unter Nr. 6789

an die Exp. d. Zeitung erbeten.

Die Kleidung wird billig,

wenn man sie im Hause nach der vorzüglichen Favorit-Schnittten selbst schneidet. Sie sind von gewähltem Geschmack, äusserst sparsam im Stoffverbrauch und sind auch für Umänderungs- und Neuherichtung bestens zu verwenden. Anleitung durch das

Favorit-Moden-Album,

Favorit-Jugend-Moden-Album,

Favorit-Handarbeits-Album,

Preis je 1 M., postfrei 1,10 Mk.

Internat. Schnittmanufaktur,

Dresden-N. 8.

In Gießen erhältlich bei:

Alex Salomon & Co.

Schulstr.

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA

AAAAA